

„Mondays for Matura“:

Fünf Abiturprüfungsfächer in jedem Bundesland! Deutscher Philologenverband fordert Ende der Beliebigkeit!

„Unser Abitur leistet mehr, als jede Hochschuleingangsprüfung leisten kann!“, so die Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Prof. Dr. Lin-Klitzing, zu der laufenden „Zentralabitur“-Debatte. „Denn die Abiturnote umfasst die Langzeitleistungen der Schülerinnen und Schüler aus der mehrjährigen Oberstufe und die Kurzzeit-Prüfungsleistungen aus den Abiturprüfungen. Das ist umfassender und gerechter als jede punktuelle Hochschuleingangsprüfung sein kann!“

Um dieses Potenzial des Abiturs auch wirklich nutzen zu können, bedürfe es aber eines klugen Umgangs mit den vielen unterschiedlichen Details der Abiturregelungen, bei denen sich die Kultusministerkonferenz bisher nicht festlegen wolle.

„Wir fordern das Ende dieser Beliebigkeit. Konkret das Ende der unterschiedlichen Anzahl der Abiturprüfungsfächer in den Bundesländern!“, so Lin-Klitzing.

In Bremen und Hamburg sind es vier, in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen – wie in vielen anderen Bundesländern – sind es fünf Prüfungsfächer im Abitur. Hier gibt es eine mündliche Abiturprüfung, dort zwei. „Nehmen Sie den Impuls auf und werden Sie konkret, gleich bei der nächsten Sitzung der Kultusministerkonferenz, ohne sich in langen Debatten über ein ‚Bundeszentralabitur‘ aufzuhalten!“, fordert die DPhV-Bundesvorsitzende die Kultusministerinnen und Kultusminister auf.

„Fangen Sie gleich dort an, wo gemeinsame Standards fehlen, und wo sie relativ unkompliziert neu festzulegen sind. Konkret fordert der Deutsche Philologenverband Sie auf, ausschließlich fünf Abiturprüfungsfächer für alle Prüflinge im Abitur in allen Bundesländern festzulegen: drei schriftlich, zwei mündlich. Und schon sind wir einen konkreten Schritt weiter! Für mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau zwischen den Bundesländern im Interesse der Schülerinnen und Schüler! Denn darum muss es uns doch gehen!“

Das gesellschaftliche Problem werden allerdings auch die noch so vergleichbaren Noten nicht lösen können: Wenn immer mehr Studienberechtigte politisch gewollt sind, muss es auch mehr Studienplätze geben. Das war in den vergangenen Jahren z.B. für das Medizin- und Lehramtsstudium nicht der Fall! Hier sitzt der gesellschaftspolitische Sprengstoff, hier liegen aufgrund politischer Schwerpunktsetzungen finanzielle Engpässe vor, die nicht auf dem Rücken der zukünftigen Studierenden, der Hochschulen und der Gymnasien ausgetragen werden dürfen!

Der Deutsche Philologenverband wird nun montags in der Sommerzeit immer wieder konkrete umsetzbare Forderungen an die Kultusministerkonferenz stellen mit dem Ziel: Mehr Vergleichbarkeit auf höherem Niveau jetzt!

Berlin, 15.07.2019

Eva Hertzfeldt
Pressesprecherin